



So aktiv war die Bürgerinitiative Südheide in den jüngsten Jahren: Mit Fukushima-Mahnwachen machte sie auf die Gefahren der Atomkraft aufmerksam, genauso wie mit einer großen Tafel an der Stelle, an der auch jetzt wieder bei Lutterloh ein Endlager entstehen könnte. Oben rechts ist BI-Urgestein Albrecht Schack mit Johanna Ottermann zu sehen.

Otte will „Herz der Südheide“ verteidigen

SPD- und CDU-Bundestagsabgeordnete sprechen sich gegen Atommüll-Endlager im Kreis Celle aus

VON ANDREAS BABEL

LUTTERLOH. Überrascht war Bärbel Dethlefs nicht von der gestrigen Meldung, dass bei Lutterloh im Celler Nordkreis ein Atommülllager eingerichtet werden könnte. Die Bürgerinitiative (BI) Südheide, für die sie lange im Vorstand tätig war, habe „da schon etwas von läuten gehört“, meinte Dethlefs. Seit 44 Jahren kämpft die BI gegen ein mögliches Untertage-Lager für Atommüll. Dass die BI ihre Arbeit noch nicht eingestellt hat, liegt auch daran, dass dieses Thema immer wieder auf die Agenda kommt.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann hat dazu eine ganz klare Meinung: Für sie ist ein möglicher Standort bei Lutterloh „völlig ungeeignet“. Ihre Hauptargumente: Zum einen eigne sich ein Salzstock nicht für die Lagerung von atomar belasteten Müll und zum anderen könne man solch eine Deponie nicht mitten in einem Naherholungsgebiet wie der Südheide einrichten, das von vielen Touristen genutzt werde.

Lühmann ist optimistisch: „Beunruhigt“ darüber, dass Lutterloh übrigens wie ein Standort in der Innenstadt von Bremen bei der Vorauswahl der Endlagersuche auftaucht,

ist Lühmann nicht. Es gelte nun, „mit vernünftigen Argumenten und nicht nur mit dem Hinweis auf ‚Not in my backyard‘ vor der zweiten Runde dafür zu sorgen, dass Lutterloh bei der weiteren Suche eben keine Rolle mehr spielt“, so Lühmann.

Im Jahr 2022 wird das letzte Atomkraftwerk in Deutsch-

„Mit vernünftigen Argumenten Standort Lutterloh ausschließen.“

Kirsten Lühmann
SPD-Bundestagsabgeordnete

land vom Netz gehen. Zurück bleiben rund 1900 Castorbehälter mit hochradioaktiven Abfällen. Die Suche nach einem dauerhaft sicheren Ort für dieses strahlende Erbe ist damit das letzte Kapitel der Atomkraftnutzung.

Ehrhorn gegen Spekulationen: Der AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Ehrhorn kritisiert in diesem Zusammenhang Dirk-Ulrich Mende, der Lühmann im Bundestag ablösen möchte: „Ich halte es für unverantwortlich von Men-

de, der sich wohl als möglicher SPD-Bundestagskandidat profilieren möchte, derartig spekulativ ein Atomendlager in Lutterloh ins Spiel zu bringen. Das ist plumper Populismus, mit dem die Menschen im Landkreis nur verunsichert werden.“ Entscheidend sei bei der Endlagersuche, die Ehrhorn befürwortet, „dass bundesweit wirklich der sicherste und bestgeeignete Standort gesucht wird, um die alten Brennstäbe, die nun einmal da sind, einzulagern“. Politische „Spielchen“ gehörten nicht zu einer sinnvollen Problemlösung, denn die radioaktiven Rückstände dauerhaft überirdisch im Zwischenlager zu belassen, sei „viel zu gefährlich“. Die Abfälle müssten immer zugänglich bleiben, fordert Ehrhorn. Das gelte vor allem auch, weil neueste Kernkrafttechnologien im Ausland Anlass zur Hoffnung gäben, die alten Brennstäbe nicht nur wiederzuverwenden, sondern diese dabei sogar deutlich unschädlicher machen zu können.

Otte ist für Gorleben als Standort: „Dass der Ort Lutterloh als potenzieller Endlager-Ort genannt wird, findet überhaupt nicht mein Verständnis. Vor Jahrzehnten wurde nach gründlicher Er-

kundung, auch im direkten niedersächsischen Vergleich, Gorleben ausgesucht und mittlerweile zu zwei Dritteln als Endlager beziehungsweise Zwischenlager fertiggestellt“, sagt CDU-Bundestagsabgeordneter Henning Otte, der selbst mehrfach in Gorleben war und sich den Fortgang der Bautätigkeiten angesehen hat.

„Durch Populismus werden Menschen im Landkreis Celle verunsichert.“

Thomas Ehrhorn
AfD-Bundestagsabgeordneter

Otte fordert von der Bundesgesellschaft Endlagerung und vom zuständigen niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies „eine glasklare Transparenz“. Den ersten Zwischenbericht der Teilgebiete soll es bereits am 28. September geben. Otte weiter: „Ich werde mich ganz klar dafür einsetzen, dass Lutterloh kein Endlager-Ort wird. Hier schlägt das Herz unserer Südheide, das ich als Wahlkreisabgeordneter und Heidjer verteidigen werde.“ Die geologischen Vor-

aussetzungen hätten sich doch seit der letzten Untersuchung vor etwa 40 Jahren nicht geändert, hebt Otte hervor.

Digitaler Auftakt: Am 17. und 18. Oktober lädt das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zu einem digitalen Auftakttermin zum Thema Teilgebiete ein. Diese Veranstaltung soll die im Februar 2021 beginnende „Fachkonferenz Teilgebiete“ vorbereiten. Erörtert werden soll, wie und vor allem wo die hochradioaktiven Abfälle aus der Kernenergie sicher gelagert werden können.

Die Fachkonferenz basiert auf dem Standortauswahlgesetz, das im März 2017 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Dazu erklärt Lühmann: „Auch mit den Stimmen der Grünen haben wir das Standortauswahlgesetz verabschiedet. Dort ist die „weiße Landkarte“ beschlossen worden. Das bedeutet, dass kein Gebiet in Deutschland von vornherein ausgeschlossen wird, sondern die geologisch ausgesuchten Flächen nur im Prozess aus sachlichen Gründen aufgegeben werden. Dieses Prinzip haben wir auch gegen den Freistaat Bayern verteidigt. Die CSU wollte das Bundesland komplett aus der Suche ausschlie-

ßen, das geht natürlich nicht!“

Das BASE weist explizit darauf hin, dass sich auch Bürger in die Diskussion miteinbringen können. Dazu Lühmann weiter: „Es ist gut und wichtig, dass der Bund den Prozess der Endlagerung so transparent wie möglich gestaltet. Ich würde mich deshalb freuen, wenn viele Menschen aus unserer

„Ich fordere eine glasklare Transparenz.“

Henning Otte
CDU-Bundestagsabgeordneter

Region dieses Angebot annehmen und sich an dieser Debatte beteiligen.“

Nach Abschluss und Auswertung der Konferenz werden die Standorte auf der Seite der Bundesgesellschaft für Endlagerung unter www.bge.de veröffentlicht und die zweite Runde der Auswahlkriterien für potenzielle Standorte beginnt.

www.endlagersuche-info-plattform.de/fachkonferenz